

ARBEITER NEWS

Internationalen Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland



aus dem Iran



Nach 40 Tagen Hungerstreik wurde Reza Schahabi, der Arbeiteraktivist der Teheraner Busfahrgewerkschaft, in dem Khomeini-Krankenhaus untergebracht. Die Verlegung von Reza aus dem Gefängnis in das Krankenhaus ist nur eine seiner drei Hauptforderungen, die er stellte bevor er in den Hungerstreik getreten ist. Seine weiteren Forderungen lauten, die Rückkehr nach der Behandlung ins Evin Gefängnis. Reza wurde vor einem Monat zusammen mit sechs weiteren politischen Aktivisten gegen ihren Willen in einem anderen Gefängnis in Rajae Schahr untergebracht. Dies bedeute für ihn und seine Mitstreiter praktische Gefangenschaft im Exil. Da Reza vom Gericht zu sechs Jahren Haftstrafe verurteilt wurde und bereits seit fünf Jahren im Gefängnis ist, müsste er laut Gesetz eigentlich auf Bewährung aus dem Gefängnis entlassen werden.



Bericht über die Demonstration vom 6 Juni vor dem Hauptbüro der Internationalen Arbeiter Organisation, parallel zur 103. Tagung der ILO.

Die Internationalen Allianz zur Unterstützung der Arbeiter in Iran (IASWI), hatte anlässlich des 6 Juni alle Arbeiterorganisationen, linke und demokratische Parteien aufgerufen an der Demonstration vor dem Hauptgebäude der ILO teilzunehmen, um die Teilnehmer an der Tagung des 103. Jahrestags der ILO, auf die prekären Umstände der Arbeiteraktivisten in Iran und in den Haftanstalten des islamischen Regimes aufmerksam zu machen. Die Demonstration fand am 6 Juni in Genf (Schweiz) statt. Die Kundgebung verlief wie folgt:

Die Versammlung der Mitglieder der Internationalen Allianz zur Unterstützung der Arbeiter in Iran (IASWI) am 6 Juni vor dem Hauptgebäude der ILO begann rituell um 8 Uhr morgens. Dabei wurden hunderte Flugblätter auf englischer Sprache verfasst und unter den Tagungsteilnehmern aus aller Welt verteilt.

In den Flugblättern wurde die allgemeine Situation der Arbeiter im Iran geschildert und auf die aktuellsten Neuigkeiten über die inhaftierten Arbeiter aufmerksam gemacht. Dabei kam es zu einem Gesprächs- und Informationsaustausch mit den Tagungsteilnehmern. Als Zeichen ihrer Solidarität mit den iranischen Arbeiterorganisationen und inhaftierten Arbeitern, gestikulierten die Tagungsteilnehmer mit der Faust und wünschten den iranischen Arbeitern Erfolg. Einige der Tagungsteilnehmer aus Tunesien und Tansania schlossen sich den Demonstranten an.

Beim Zusammenstoß der Genossen mit den regimeabhängigen Scheinvertreter der iranischen Arbeiter, die an der Tagung teilnehmen wollten, wurden diese kritisiert „Ihr gibt euch für die Vertreter iranischer Arbeiter aus, die wahren Vertreter schickt ihr ins Gefängnis und besetzt deren Platz an internationalen Sitzungen. Ihr seid nicht die wahren Vertreter der Arbeiter, sondern geht Hand in Hand mit dem Regime gegen die Arbeiteraktivisten vor! Eure Organisationen schleppen den Namen Arbeiter mit sich und sind Gefolgsorganisationen des Regimes die für die Lohnsklaverei und Kürzung der Sozialleistungen mitverantwortlich sind.“

Die Vasallen des islamischen Regimes schwiegen zunächst bis sie zu den anwesenden Sicherheitskräften am Eingang des Hauptgebäudes gelangen, dort riefen sie zurück: „Wenn ihr euch traut, dann kommt doch nach Iran!“

Wie jedes Jahr nahm eine Delegation der Internationalen Allianz zur Unterstützung der Arbeiter in Iran (IASWI) an einer einstündigen Sitzung mit Frau „Karen Kurtis“ von dem Verband „Freedom of Association“ teil.

Nach der Eröffnungsbegrüßung durch Frau Kurtis, began die Sitzung mit der Rede einer der Arbeiteraktivisten, der über die Situation von „Reza Schahabi“ und weiteren inhaftierten Arbeiteraktivisten berichtete. Frau Kurtis betonte, dass auf

die Klärung der Situation von Reza Schahabi Priorität gesetzt werde.

Ein weiterer Mitglied der Allianz diskutierte über die Übereinkommen Nr. 95 (Übereinkommen über den Lohnschutz) und Übereinkommen Nr. 111 (Übereinkommen über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf), die im vergangenen mehrmals betont wurden, und das Übereinkommen Nr.100 (Übereinkommen über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit), und die Erklärung des iranischen Regimes in den vergangenen zwei Jahren eine Delegation der ILO zum Zwecke der Feststellung und Nachforschung der Situation von Arbeiterorganisationen und Meinungsfreiheit in das Land einzuladen. Daraufhin wurde Frau Kurtis um eine Stellungnahme über den Stand der Dinge gebeten.

Ebenfalls wurde vermerkt, dass viele Arbeiter von Lohnausfällen betroffen sind, und es zahlreiche Streiks im Lande gab, und das trotz regressiver staatlicher Vorkehrungen.

Zudem wurde über das Übereinkommen die Nr. 87 (Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948) und das Übereinkommen Nr. 98 (Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen) gesprochen, was die islamische Regierung Iran bis jetzt unbeachtet gelassen hat. Es wurde betont, dass in diesem Zusammenhang mehr Druck und Durchsetzungskraft durch die internationale Arbeitsorganisation auf die islamische Regierung Irans ausgeübt werden solle. Ferner wurde auf die prekäre Lage der inhaftierten Arbeiter hingewiesen, der inhaftierte Arbeiter „Reza Schahabi“ sollte angesichts seiner notwendigen Behandlung aus dem Gefängnis entlassen werden, aber er befindet sich immer noch in einem Gefängnis mit geringer medizinischer Versorgung, dutzende Arbeiteraktivisten sitzen in verschiedenen Orten Irans im

Gefängnis, nur weil sie für ihre Rechte gekämpft haben.

Frau Kurtis äußerte sich zu den Aussagen: „Sie haben Recht, wir sehen ein, dass die Situation des iranischen Regimes prekär ist, aber uns fehlen wirtschaftliche Mittel für eine Gegenwirkung oder die Verbannung des Regimes. Wir können dieses Diktaturregime nur ermahnen. Nur mit eurer Unterstützung können wir diese Punkte offen legen.“

Frau Kurtis sprach „Samer Lazami“, einen anwesenden Schweizer Arbeiteraktivisten an und fragte: „Warum haben Sie an dieser Demonstration und Sitzung teilgenommen?“

Daraufhin antwortete „Samet Lazami: „Um Solidarität mit den iranischen Arbeiter und Genossen in Iran zu zeigen. Ich bin seit Jahrzehnten in der Schweizer Gewerkschaft „Unia“ und mit den Belangen der Arbeiter vertraut. Auch ich habe einst in einem Land gelebt in dem Diktatoren das Leben der Arbeiter zu Hölle gemacht haben. Heute sitzen wir hier und können frei diskutieren und ins Gespräch kommen, doch in vielen Gebieten auf der Welt haben Investoren und Geschäftsmacher das Leben der Menschen zur Hölle gemacht während sie selbst jegliche Verbrechen ausüben.“

Zum Abschluss wurde ein auf Englisch übersetzter offener Brief inhaftierter Arbeiter (Reza Schahabi, Mohammad Jarahi, Schahrokh Zamani) mit einem Flugblatt an Frau Kurtis übergeben, um sie auf die schwarze Akte der islamischen Regierung aufmerksam zu machen.

..
Resolution der Internationalen Allianz zur Unterstützung der Arbeiter in Iran (IASWI), anlässlich des 6. Junis 2014 in Genf

.....
.....
Im vergangenen Jahr hat die ILO zwei Übereinkommen, Nr. 95 (Übereinkommen über den Lohnschutz) und Nr.111 (Übereinkommen über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf)

hervorgehoben und die Regierung Irans hat sich verpflichtet eine Delegation der ILO zu Zwecke von Untersuchungen über die Situation der Arbeiter ins Land zu laden. Im Gegenzug sehen wir, dass angesichts zahlreicher Lohnausfälle die Situation der Arbeiter sich verschlechtert hat und es zahlreiche Streiks und Kundgebungen in diesem Zusammenhang im Lande gab. Nach den Übereinkommen Nr. 87 und 98 der Internationalen Arbeitsorganisation ist die Vereinigungsfreiheit und das Recht zur Kollektive Verhandlung ein unabdingbares Recht der Arbeiter das nicht durch staatliche Maßnahmen eingeschränkt werden darf. Doch im Iran ist schon eine Äußerung hinsichtlich der Vereinigungsfreiheit strafbar und wird strafrechtlich geahndet. Die dutzenden inhaftierten Arbeiter sind ein Beweis. Unter den Arbeitern findet eine ideologische und religiöse Abwägung statt. Nach den aktuellsten Angaben des iranischen Statistikamtes liegt die Armutsgrenze in Teheran bei einem Monatseinkommen von 1,5 Millionen Tuman (Ca 4200,00 Tuman verspricht ein Euro)und in weiteren Städten bei 1,2 Millionen Tuman während der diesjährige monatliche Mindestlohn im Lande bei 608.000 Tuman liegt, eine Einkommensgrenze die weit unter den Armutsgrenze liegt. Unabhängige Forscher und Arbeiteraktivisten setzen die Armutsgrenze auf 2.5 Millionen Tuman. Eine unabhängige und nicht regimeabhängige Kundgebung anlässlich des 1. Mai (Weltarbeitertag) ist im Iran immer noch strafbar und die Teilnehmer werden Opfer der Gewalt von Sicherheitskräften und kommen in Haft. Die Arbeiter sind im Iran von Unsicherheit am Arbeitsplatz betroffen, und werden zu befristeten Arbeitsverträgen, die sich auf lediglich einen Monat beschränken und oft sogar blanko sind gezwungen. Sie werden durch die Arbeitgeber, die den Schutz des islamische Regime genießen ausgebeutet.

Betriebe mit unter 10 Arbeitern unterfallen nicht dem Arbeitsgesetz und den betroffenen Arbeitern wird wie Sklaven jeglicher sozialer Schutz untersagt.

Arbeitsunfälle fordern täglich das Leben vieler Arbeiter ein, während die Verantwortlichen des islamischen Regimes keine Maßnahmen treffen.

Die Angst um den Arbeitsplatz und die drohende Arbeitslosigkeit, die Schließung zahlreicher Produktionsbetriebe und die Unsicherheit sind weitere Existenzplagen mit denen die Arbeiter konfrontiert sind.

Laut Angaben eines Parlamentsausschusses meldeten in vergangenen Monaten fast 40 bis 60% der Betriebe und Unternehmen in den Industriestädten die Insolvenz und wurden geschlossen. 20% der Unternehmen im Industriebereich sind auf dem Weg zur Schließung und haben die Arbeitszeiten gekürzt. Die Angaben der iranischen Handelskammer deuten darauf hin, dass 67% der Industrieunternehmen bereits geschlossen sind. Rund 30 bis 90% der Industriebetriebe in verschiedenen Provinzen sind geschlossen und allein in der Provinz Khorasan Razavi sind 1140 Betriebe geschlossen worden, weiter sind in den Provinzen Lorestan rund 1100, Fars 900, Yazd 560 und Westazerbaijan 525 Betriebe geschlossen worden, was die höchsten Statistiken betrifft.

In der 103. Tagung der ILO wurde ebenfalls das Übereinkommen Nr. 100 (Übereinkommen über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit) neben den Übereinkommen Nr. 95 und Nr.111 nochmals hervorgehoben.

Ohne Zweifel ist die Lage der Arbeiterinnen im Iran wesentlich schlechter als die der Arbeiter. Die patriarchalische Gesetzgebung, die wachsende Zahl der Arbeitslosen und der planlose Staat gehen Hand in Hand gegen die Frauen vor, um diesen ein Minimum existenzieller Rechte zu gewähren.

Die Statistiken deuten daraufhin, dass Arbeiterinnen denen gerade Mal das Glück

zugespielt hat und sie in einem anerkannten Betrieb tätig sind, rund 50% weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen. Frauen die auf dem Feld oder in Kleinbetrieben oder in kleinen Unternehmen im Dienstleistungssektor tätig sind verdienen deutlich geringer und werden faktisch versklavt.

Die Diskriminierung afghanischer Arbeiter ist äußerst schamlos und ein heikles Thema, worüber sich die Arbeiterorganisationen mehr streiten sollten.

Die Arbeit von unter 18 jährigen ist im Iran offiziell. Laut Statistik staatlicher Presseagenturen arbeiten 1.5 Millionen Minderjährige in Betrieben und auch als Straßenverkäufer. Dabei sprechen die inoffiziellen Zahlen von rund 7 Millionen betroffenen Minderjährigen.

Laut staatlicher Statistiken gibt es rund 3 Millionen Arbeitslose mit universitärem Abschluss, was auf eine kaltblütige Ausnutzung der Arbeitskräfte als Reservearmee hindeutet.

In den vergangenen Jahren hat die Internationalen Allianz zur Unterstützung der Arbeiter in Iran (IASWI) in zahlreichen Verkündungen an verschiedene Arbeiterorganisationen und auch an die ILO auf die oben geschilderten Sachlagen hingewiesen und gefordert der islamische Regierung Irans als eine der größte Anti-Arbeiter Regierungen auf der Welt die Mitgliedschaft der ILO zu untersagen. Bedauerlicherweise belässt es die ILO bis heute auf Ermahnungen und milder Kritik.

Uns ist bewusst, dass man keine Hoffnung auf andere setzen sollte. Wir selbst unterstützen die Arbeiter im Iran in ihrem Kampf gegen den Staatskapitalismus des islamischen Regimes.

Anlässlich des 103. Jahrestags der ILO fordern wir von den Vertretern der Arbeiter weltweit, gegen das Vorgehen der islamischen Republik vorzugehen und diese zur Einhaltung der Übereinkommen zu zwingen.

- 1. Gemäß Übereinkommen Nr. 87 und 98 muss das Vereinigungsrecht und die Vereinigungsfreiheit für alle Arbeiter unabhängig vom Staat bestehen.

-2. Alle Arbeiteraktivisten und inhaftierten Arbeiter müssen bedingungslos freigelassen werden und an ihre Arbeit zurückgeschickt werden.

-3. Die wirklichen Vertreter der Arbeit, die unabhängig vom Regime sind, müssen an den Tariflohnverhandlungen teilnehmen und die Interessen der Arbeiter vertreten.

-4. Alle Arbeiter müssen ein Recht auf Sozialleistungen haben und befristete Arbeitsverträge und blanko Verträge müssen abgeschafft werden.

-5. Die Gleichbehandlung von Arbeiterinnen und Arbeitern muss gewährleistet werden. Kinderarbeit muss gesetzlich verboten werden. Stattdessen müssen die betroffenen Kinder unter sozialen Schutz gestellt und für Ausbildungsstätte vorgesehen werden.

-6. Die islamische Republik Iran muss aufgrund der Missachtung von Arbeiterrechten aus der Mitgliedschaft in der ILO ausgeschieden werden.

-7. Nichtiranische und afghanische Arbeiter müssen den gleichen sozialen Schutz wie iranische Arbeiter genießen und es müssen gleiche Lohnsätze herrschen.

Lang lebe die weltweite Gemeinschaft der Arbeiter in ihrem Kampf gegen den gierigen Kapitalismus

Nieder mit dem weltweiten Kapitalismus

Genf, 6. Juni 2014

Die Internationale Allianz zur Unterstützung der Arbeiter in Iran (IASWI)

www.workers-iran.org
info@workers-iran.org
www.etehadbinalmelali.com

Kurznachrichten

17.07.

Die Arbeiter des großen Lebensmittelbetriebs Yek & Yek haben sich aus Protest gegen die Auflösung von 27 Arbeitsverträgen ihrer Kollegen am St. Michael Platz versammelt. Mit dieser Aktion fordern sie die weitere Beschäftigung ihrer entlassenen Kollegen.

17.07. ILNA

140 Arbeiter der Zeitarbeitsfirma ABFA aus der Stadt Abadan erhielten seit Anfang dieses Jahres kein Gehalt mehr. Im Auftrag einer anderen Baufirma Fakhr & Zafar, deren Sitz in der Stadt Schuschtarn liegt, sollten sie in der Industriemetropole Abadan im Wasserversorgungsbereich Projekte durchführen. Da sie die ersten zwei Monate des Jahres regulär bei der Firma Fakhr & Zafar unter Vertrag standen, sollten sie logischerweise von der Mutterfirma für die ersten zwei Monate bezahlt werden. Sowohl der Auftraggeber, in diesem Falle die Stadt Abadan, als auch die eigentliche Zeitarbeitsfirma übernehmen keine Verantwortung für die Auszahlung dieser 140 Arbeiter, die in Sommertemperaturen, die weit über 40 Grad liegen, arbeiten.

15.07. ILNA

Nach 39 Tagen Streik haben 5000 Arbeiter der Erz- und Metallminen in der Stadt Bafgh erfolgreich ihren Arbeitskampf beendet. Mit ihrem Streik

haben sie verhindert, dass 28,5% der Anteile des Betriebes an Privatunternehmen verkauft werden. Am 04.04. erschien der Gouverneur der Provinz in einer Versammlung der Streikenden und übermittelte ihnen, dass dieser Betrieb weiterhin im Eigentum des Staates bleibt und nicht an Privatinvestoren verkauft wird. Die Arbeiter haben ihren Erfolg im Kampf gegen die Teilprivatisierung ihres Betriebs stundenlang nach der Bekanntgabe dieses Beschlusses vor dem Personalbüro des Betriebes gefeiert.

Alle 16 Tage stirbt ein Minenarbeiter im Iran!

Aus einem Symposium der medizinischen Fakultät in der Provinz Lorestan berichtete der Stellvertreter der medizinischen Abteilung der Universität, dass alle 16 Tage ein Arbeiter in Folge der Arbeitsunfälle, die auf erheblichen Mangel der Sicherheitsbedingungen in den Minen zurückzuführen sind bzw. in Folge der Berufskrankheiten, stirbt. Diese Zahl bezeichnet er im Vergleich zu tödlichen Unfällen in anderen Ländern als alarmierend hoch.

14.06.

Nach 46 Tagen Gefangenschaft wurde Jaafar Azimzadeh der Vorsitzende der Freien Arbeiter Union im Iran entlassen. Jaafar Azimzade ist einer der Mitinitiatoren der Petition, die 40.000 Unterschriften sammelte und der Hauptkläger gegen die Behörde für Gesundheit und Soziales ist, der Veruntreuung und Verschwinden von Milliarden Tuman aus den Rentenkassen vorgeworfen wird.



Versammlung des Krankenhauspersonals vor dem Parlament

50 Vertreter des Pflegepersonals der Teheraner Krankenhäuser haben sich vor dem islamischen Parlament versammelt, um für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Gehalt zu protestieren. Sie berufen sich dabei vor allem auf den Tarifvertrag mit dem Gesundheitsministerium, welcher vor sieben Jahren durch das Parlament verabschiedet worden ist. Jedoch wird dieser Tarifvertrag nach wie vor von den meisten Arbeitgebern im Gesundheitssektor ignoriert und somit nicht umgesetzt. Oft müssen die Krankenschwestern und das Pflegepersonal der Krankenhäuser unfreiwillig Überstunden leisten, werden jedoch an den Gewinnen der Krankenhäuser, die mittlerweile oft privatisiert sind, nicht beteiligt. Auch die Gehälter des Pflegepersonals werden nicht entsprechend ihrer Qualifikation und Berufsjahre erhöht. Das Gehaltsgefälle zwischen den Medizinern und dem Pflegepersonal in den Krankenhäusern beinhaltet drastische Zahlen.



12 Juni internationaler Tag gegen Kinderarbeit

Der Umsatz der Pornoindustrie überragt den Gesamtumsatz der weltweit größten Software- und Hardwarehersteller und Internetkonzerne wie Microsoft, Google, Amazon, Yahoo, Apple, und Net Flix.

Weltweit werden zehntausende Kinder durch ihre Eltern zum Zwecke pornografischer Aufnahmen vor die Webcam gesetzt und sexuell missbraucht. Eine Gruppe von holländischen Kinderrechtlern schätzt ein, dass allein auf den Philippinen zehntausende Kinder in der Cybersexindustrie missbraucht werden. Um die Nutzer und Zuschauer dieser Filme ausfindig zu machen, wurde im vergangenen Jahr das Profil eines virtuell zehn jährigen philippinischen Mädchens in Chaträumen erstellt. Binnen 10 Wochen gab es rund 20.000 Nutzer aus 71 Ländern, die Kontakt zum Onlinesex aufnahmen. Doch diese Geschichte beschränkt sich nicht nur auf den Philippinen.

Jede Sekunde werden mehr als 3000 Dollar für Pornografien investiert. Jede Sekunde suchen 28.000 Personen in der virtuellen Cyberwelt nach Pornografien, und die Pornoindustrie veröffentlicht alle 39 Minuten einen Pornofilm in den sozialen Netzwerken. Rund 5,5 Millionen Kinder sind weltweit Opfer der modernen Sklaverei. Die Untersuchungen einer Menschenrechtsorganisation verdeutlichen, dass auf der Welt rund 21 Millionen Menschen, darunter 5,5 Millionen Kinder unter Zwangsarbeit und harter Arbeiter

leiden. Die Nutznießer haben einen jährlichen Umsatz von 150 Milliarden Dollar. Demnach weisen die Länder Indien, Pakistan, Mauretanien und Nepal die höchste Zahl von Sklavenarbeitern auf. Donnerstag der 12 Juni war der weltweit internationale Tag gegen Kinderarbeit. Auf Initiative der Internationalen Arbeiterorganisation (ILO), wurde im Jahr 2002 der 12 Juni zum internationalen Tag gegen Kinderarbeit gewählt, um die Welt auf die Kinderarbeit aufmerksam zu machen und die nötige Aufmerksamkeit zu erlangen um dies künftig abzuschaffen.

Die Ziele der diesjährigen Tagungen der ILO lassen sich in zwei Punkte einteilen:

- Maßnahmen zur Besserung und sozialer Unterstützung der betroffenen Kinder.
- Gründung und Förderung von Sozialversicherungen zum Wohle der Kinder und Beistand zur Bekämpfung von Kinderarbeit.

Laut Angaben der ILO arbeiten rund 168 Millionen minderjährige Mädchen und Jungen. Die inoffizielle Statistik weist jedoch auf eine Zahl von 215 Millionen Kinder hin. Zweifellos ist die Dunkelziffer der Kinderarbeit viel höher. Laut ILO errichten rund 85 Millionen der Kinder schwere Arbeit wie z.B. im Bergwerk oder auf Großplantagen wo sie Chemikalien ausgesetzt sind. Zudem ist die Zahl der überwiegend weiblichen minderjährigen HeimarbeiterInnen erschreckend, deren Arbeit bleibt versteckt und unkontrolliert ohne jeglichen Schutz. Jährlich werden 2 Millionen Kinder Opfer des Kinderhandels zum Zwecke der Zwangsarbeit oder sexuellen Missbrauchs. Für die großen Mafiabanden ist der Kinderhandel nach dem Waffen- und Drogenhandel eines der lukrativsten Geschäfte.

Die Kinder stammen überwiegend aus Arbeiterfamilien und der unterprivilegierten Schicht. Kinderarbeit verursacht nicht nur diverse physische und psychische Krankheiten, sondern führt zur sozialen Ausgrenzung der Kinder und versperrt ihnen eine angemessene Bildung.

Bürgerliche Organisationen wie die ILO erkennen Armut und mangelnde staatliche soziale Strukturen als Faktoren der Kinderarbeit an, was stimmen mag, jedoch nicht abschließend ist. Darum können vergleichbare Organisationen zwar die Kinderarbeit mindern, aber für eine grundlegende Abschaffung bedarf es mehr, denn der Hintergrund der Kinderarbeit liegt im Kapitalismus. Die Profitgier der Bergwerkunternehmen und Großkonzerne führt überwiegend zur Einsetzung von billigen Kinderarbeitern. Die Heimarbeit und Feldarbeit von Kindern auf dem eigenen Familiengut war in allen Traditionen gegeben, aber die Arbeit in Fabriken und Produktionsunternehmen ist ein Phänomen, was sich mit der Industrialisierung im Kapitalismus entwickelt hat. Die zierlichen Hände werden zum Nähen eingesetzt, ihr kleiner Körper kann sich gut zwischen den großen Maschinen bewegen und diese polieren. Das Motiv der Investoren zur Einsetzung von Kindern ist das niedrige Entgelt als Arbeitskraft und die absolute Weisungsgebundenheit der Kinder. Doch wir sehen, dass diese Profitgier in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und in den Industriestaaten verboten und stattdessen eine Schulpflicht für Kinder eingeführt wurde. Doch mit der Schwankung der Arbeiterbewegung verlieren diese Gesetze an Durchführungskraft.

Im 19. Jahrhundert wurden Kinder zwischen 4 bis 16 Jahren in Europa und den USA zur Arbeit gezwungen.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat die Kinderarbeit eine neue Welle erreicht. Die freie Marktwirtschaft und die Ausbeutung der Kinder in Ländern wie Indien und Pakistan durch Staat und Großkonzerne hat einen Höhepunkt erreicht. Im Iran nutzt der parastaatliche Wirtschaftssektor und Privatsektor die Armut und Arbeitslosigkeit gezielt aus, sodass viele Kinder zur Heimarbeit und Arbeit auf dem Land gezwungen werden um die Familie zu unterstützen. Das

Regime schätzt die Zahl der betroffenen Kinder auf rund 2 Millionen, doch viele Forscher sehen die Zahl deutlich höher.

Die Einsetzung von Kindern als Arbeitskraft führt zu erheblichen physischen und psychischen Problemen von minderjährigen Mädchen und Jungen und muss in jeder Gesellschaft komplett abgeschafft werden.



215 Millionen Kinder weltweit müssen arbeiten

**Internationalen Allianz zur
Unterstützung der ArbeiterInnen im
Iran – Deutschland**

www.etehadbinalmelali.com
alliance_workers_iran@yahoo.de